

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Dresden 1330, Brodstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 269.

Freitag, 19. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Zeile Tarife, gewöhnlicher Rabatt erstlich, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Götlich, Riesa.

Die russische Bündnispolitik.

Der russische Außenminister Tschitscherin wird in der kommenden Woche nach Paris fahren, um sich mit Briand über die Entwicklung der europäischen Politik zu unterhalten. Die englische und französische Diplomatie sah sich über die Zusammenkunft Tschitscherins mit dem türkischen Außenminister in Odesa beunruhigt, weil aus den Berichten nicht deutlich hervorging, welchem Endzweck die Unterredung dienen sollte. Man vermutete ferner, daß es sich nicht lediglich um einen Höflichkeitbesuch des türkischen Außenministers handelte, sondern daß von russischer Seite der Wunsch geäußert werden würde, auf einem Garantiefestkommen mit der Türkei zu gelangen.

In familiären Reden englischer Diplomaten ist seitdem die Rede von der Notwendigkeit eines engen Zusammengehens der europäischen Staaten, wobei besonderer Wert auf die Freundschaft mit Deutschland gelegt wird, das durch den Rapallo- und den Berliner Vertrag in einem gewissen Bündnisverhältnis zu Russland steht. Keinen Augenblick hat die englische Regierung geruht, um ihre Stellung in den ihr bedenklichen Staaten Ängst zu setzen. Sie hat die Verbindung mit diesen Völkern geknüpft durch die Verbesserung der Verkehrswege und des gesamten Wirtschaftssystems und verdrängt auch nicht, ihnen in politischer Hinsicht die größtmögliche Freiheit zu gewähren. Es bleibt noch unentschieden, ob England oder Russland offensiv vorgegangen ist. Fast hat es den Anschein, als ob die Moskauer Regierung sich in der Defensive befindet, da es nicht eher aus seiner starken Isolierung herauskommen kann, als es die angrenzenden Staaten durch Verträge zur Neutralität gezwungen hat. In dem Abschluß eines Garantievertrages mit der Türkei ist es bisher noch nicht gekommen, doch schweben bestimmte Vereinbarungen getroffen zu sein, die in dieser Richtung liegen und Tschitscherin jetzt veranlassen, Briand davon Mitteilung zu machen. Zudem ist der französische Außenminister eines solchen Vertrages würdig, hofft er die französische Regierung auf die Seite Russlands zu bringen und zu einer Entfremdung zwischen Paris und London beizutragen.

Zu gleicher Zeit wird die Aussprache in Paris die Schuldenverhandlungen zwischen den beiden Ländern wieder in Fluss bringen, nachdem sie einige Monate infolge der Aussichtslosigkeit auf eine Vereinbarung geruht haben. Es muß damit gerechnet werden, daß Briand den Vorschlag machen wird, Russland möge in den Völkerbund eintreten, um seine Interessen besser vertreten zu können. Man werde seiner Bündnispolitik nicht widersprechen, da die allgemeine Bestimmung, die der Sinn der von Russland angebotenen Garantienpolitik ist, vom Völkerbund gewünscht und angefordert wird. Tschitscherin wird sich rasch zu diesem Vorschlag äußern und zuerst untersuchen, ob die Verpflichtungen der Genfer Organisation gegenüber der Dandlungsfreiheit der Moskauer Regierung nicht zu stark beschneiden, ehe er seiner Regierung von dem Plan Mitteilung macht. Nach der Auffassung diplomatischer Kreise ist es auch nicht ausgeschlossen, daß bei den Pariser Besprechungen ein besonderes politisches Abkommen zwischen Russland und Frankreich beschlossen wird, durch das unzweifelhaft die Gegenseite zwischen dem Osten und Westen überbrückt werden. Deutschland wird bei diesen Auseinandersetzungen vorläufig keine Rolle spielen, da seine Stellung zu Russland und zu den Westmächten ganz geklärt ist. Erst in dem Augenblick, in dem die englische Regierung sich zu kriegerischen Maßnahmen gegen Russland gezwungen sehen wird, ist es auch für Deutschland nötig, eine Entscheidung zu treffen. Die deutsche Vertragspolitik baut sich auf einer einheitlichen Grundlage auf. In Komplikationen kann es infolgedessen kaum kommen. Wahrscheinlich wird Deutschland die Vermittlerrolle zwischen dem Osten und dem Westen zufallen.

Paris und die Kontrollfrage.

Daß die Bestimmungen über die Kontrollkommission in Deutschland auf Grund der Mitgliedschaft des Reiches zum Völkerbund in Wegfall zu kommen haben, darüber dämmert sich selbst die offizielle Kreise in Paris im klaren sein. Eine Nichtanerkennung dieser Selbstverständlichkeit würde das offizielle Paris in einen scharfen Gegensatz zu den Statuten und dem Charakter der Genfer Völkerbundsorganisation bringen. Auf eine solche Nachprüfung wird es Frankreich wenigstens in diesem Augenblick nicht ankommen lassen. Wenn auch so in formaler Hinsicht ein gewisses Entgegenkommen des Quin Dorsin in dieser Frage festzuhalten scheint, so darf man sich dennoch nicht darüber täuschen, daß dieses Entgegenkommen eben nur eine Formalität sein soll, die nicht viel befugt und an dem Charakter der Kontrollbestimmungen selbst nichts zu ändern hat. Paris sucht nach einer Formel, die sich in die Verfassungsstruktur des Völkerbundes einfügt, die aber nicht abzukommeniger alles das aufrechterhält, was unser Nachbar jenseits des Rheins als einzige gültige Garantie seiner Sicherheit bezeichnet. Aus den Presseäußerungen kann man recht deutlich erkennen, nach welcher Richtung hin diese Bemühungen eingesetzt werden sollen. Man denkt sich die Sache in Paris ungefähr so, daß die gegenwärtigen Kontrollbestimmungen zwar abgeschafft werden müssen, daß sie aber im gleichen Augenblick ihrer Beseitigung mit Hilfe des Artikels 18 des Versailler Vertrages in anderer Form wiederhergestellt werden. Betrachten wir uns einmal den Wortlaut des Artikels 18: Solange der gegenwärtige Vertrag in Kraft bleibt, verpflichtet sich Deutschland, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheits-

Sitzung des Gesamtvorstandes des Reichsstädtebundes.

Die Not der mittleren und kleinen Städte. — Vorschläge zur Beseitigung der Wohnungsnot.

* Kula. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes hielt in Kula eine mehrtägige Sitzung ab.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage: Dedung der 1926 erheblich schließenden Gemeindeforderungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge und allgemeinen Fürsorge unter möglichst gerechter Verteilung der Steuerlasten. Es wurde festgestellt, daß für die meisten mittleren und kleinen Städte das Rechnungsjahr 1926 trotz der Beschränkung auf unbedingt notwendige Ausgaben ein Defizitjahr bleiben wird. Daher ist im künftigen Finanzhaushalt eine Erhöhung ihres Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer oder zum mindesten die Aufrechterhaltung der Reichsumlagegarantie unbedingt erforderlich. Nur die Erfüllung dieser Forderung gibt ihnen die Möglichkeit, die durch ihre Finanznot gebotene Ueberspannung der Realsteuern in Zukunft zu mildern.

Die von verschiedenen Parteien des Landtags beantragten weiteren

Einsparungen der Gewerbesteuer würden die Finanzen der mittleren und kleinen Städte ernstlich gefährden. Die im Entwurf des Gewerbesteuergesetzes vorgesehene

Veranschlagung des Riets und Vachtins aus der Ertragssteuer verringert ihren Grundbetrag um 20-25 Prozent und die

Ausscheidung der Grundstücke aus der Gewerbesteuer deren Grundbetrag um über 50 Prozent. Mangel einer entsprechenden Erhöhung des Steuerfußes müßten daher die Gemeinden 1927 ihre Prozentzuschläge erheblich erhöhen, um die gleichen Einnahmen zu erzielen wie 1926. Die höheren Steuern der mittleren und kleinen Städte, die zu 15-72 Prozent von auswärtigen Schülern besucht werden,

können nur durch sofortige Einbringung eines Gesetzes über Beiträge der Landkreise bzw. Provinzen zu den Kosten der Städte für die auswärtigen Schüler aufrecht erhalten werden. Die Förderung der Reichsregierung kommt den mittleren und kleinen Städten nur in sehr beschränktem Umfang zu Gute. Eine Milderung ihrer Lasten würde erst dann eintreten, wenn der Wohnungs- und Straßenbau als Reichsaufgabe zugelassen und das Erfordernis der 2000 Tagewerke fallen gelassen würde.

Zur Beseitigung der Wohnungsnot fordert der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes: Aufhebung eines Reichswohnungsbauprogramms auf mindestens fünf Jahre und Sicherung seiner Finanzierung für etwa 250 000 Wohnungen im Jahr im Werte von zwei bis zweieinhalb Milliarden. Diese können aufgebracht werden durch Eigenkapital in Höhe von fünf bis zehn Prozent des Bauwertes, durch erste und zweite Hypotheken in Höhe von 40 Prozent des Bauwertes mit Hilfe der Sparkassen (etwa 20 Prozent der Einlagen), der Hypothekensbanken, öffentlichen Kreditanstalten, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und aus dem freien Geldmarkt, sowie schließlich durch öffentliche Mittel in Höhe von 50 bis 55 Prozent des Bauwertes, welche teils durch Hausinschuldenshypotheken, teils durch Reichswohnungsanleihe sicherzustellen wären. Gegen eine mögliche Erhöhung der gefälligen Miete und der Hausinschuldener am ersten April 1927 werden Bedenken nicht erhoben, falls den Gemeinden aus der erhöhten Hausinschuldener ausreichende Mittel zur Deckung von Gehalts- und Löhnerhöhungen gewährleistet werden. Ueber die dringende Umwandlung der Hausinschuldener soll von den kommunalen Spitzenverbänden ein einheitlicher Vorschlag ausgearbeitet werden.

schluß für notwendig erachtet". Der Aufsichtsbegriff, der in diesem Wortlaut liegt, kommt den Herrn an der Seine bei ihrer Behandlung der Kontrollfrage sehr zu statten. Vogelschermesse kann man in diesem Wortlaut auch nicht die geringste Handhabung finden, die eventuell bei der Frage der Kontrollkommission im Interesse Frankreichs ausgenutzt werden könnte. Denn wenn auch der Versailler Friedensvertrag durch seine Schöpfer mit der Verfassungsstruktur des Völkerbundes vereinigt wurde, so schließt das doch nicht die Tatsache aus, daß gerade dieser Paragraph 18 des Versailler Vertrages sachlich und formell im stärksten Widerspruch zu dem Völkerbundsgeheim steht, das die volle staatliche Souveränität seiner Mitglieder garantiert. Da Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in die Genfer Gemeinschaft der Nationen aufgenommen ist, so kann es selbstverständlich dieselben Rechte in Anspruch nehmen, die auch den anderen Völkerbundsstaaten auf Grund ihrer Mitgliedschaft gewährleistet sind. Mit der Souveränität eines Staates kann jedoch eine Kontrollbestimmung, wie sie bis jetzt noch in Deutschland durchgeführt wurde, nicht im geringsten in Einklang gebracht werden. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Regierung bei der Wahrung der wahrlich wenigen Rechte, die dem Reich durch seinen Eintritt in den Völkerbund gegeben wurden, die größte Energie erkennen lassen wird. Ob es ihr jedoch gelingen wird, ihrem Recht zur Geltung zu verhelfen, steht angesichts der Rahmenverhältnisse, die so unabweisbar in der Pariser Presse in Erscheinung treten, dahin.

Gesetz über Arbeitslosenversicherung vom Reichsrat angenommen.

Eine Krisenfürsorge vorgezogen.

oda, Berlin. Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Vollziehung vom Donnerstag das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das am 1. April 1927 in Kraft treten soll. Träger der Versicherung sind die Krankenkassen. In die Versicherung sollen auch Angestellte einbezogen werden, die nach dem Angestelltenversicherungsgesetz versicherungspflichtig sind. Die auf 20 Wochen bismessene Unterhaltungsdauer kann im Fall besonders ungünstiger Lage des Arbeitsmarktes auf 30 Wochen ausgedehnt werden. Im Wege einer Krisenfürsorge können auch diejenigen unterstellt werden, die die Anwartschaft noch nicht erfüllt haben, oder bereits ausgesagt sind. Während sonst die Kosten der Versicherung nur von Arbeitgebern und -nehmern aufgebracht werden und das Reich nur im Notfall mit Darlehen eintritt, sollen die Kosten der Krisenunterstützung nach den Beschläßen des Reichsrats, die der Regierung nicht annehmbar erschienen, zu acht Neunteln vom Reich und zu einem Neuntel von den Gemeinden getragen werden. Die Regierung will dieses Verhältnis in drei Viertel und ein Viertel abgeändert wissen. Die Krisenunterstützung ist von einer Bedürftigkeitsprüfung abhängig, nicht aber die auf Grund der Versicherung erworbene Unterstutzung. Die Beiträge und die Leistungen der Versicherung sind nach sieben Lohnklassen abgestuft. Die von den Ausschüssen eingeleitete Kurzarbeiterversicherung wurde vom Plenum auf Antrag der Regierung wieder beseitigt.

Fleißner — jüdischer Ministerpräsident?

Dresden. Wie wir erfahren, wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion den früheren Unterrichtsminister Hermann Fleißner für das Amt des jüdischen Ministerpräsidenten in Vorschlag bringen. Für das Landtagspräsidium wird die sozialistische Landtagsfraktion als stärkste Partei des Landtages den früheren jüdischen Wirtschaftsminister Schwarz vorschlagen.

Mandatsniederlegung im jüdischen Landtag.

Dresden. Wie verlautet, hat der frühere jüdische Ministerpräsident, Reichshauptmann Buch, der als Vertreter der USPD (alte sozialdemokratische Partei Sachsens) in den neuen Landtag gewählt worden war, jetzt sein Mandatsmandat niedergelegt. An seine Stelle tritt der Hauptstadtschreiber der Sächsischen Staatszeitung Bethke.

Um die Regierungskoalition in Sachsen.

Dresden 18. November. Heute nachmittag fanden hier zwischen Vertretern der bürgerlichen Parteien und der Altsozialisten Besprechungen statt, die sich um die Frage der Bildung einer Regierungskoalition unter Beteiligung der Deutschnationalen einleitete und der USPD, andererseits drehten. Die Besprechungen haben bisher weder in positivem noch in negativem Sinne zu einem Ergebnis geführt und sollen Anfangs nächster Woche fortgesetzt werden.

Der deutsche Wahltag in Oberschlesien.

Berlin, 19. November. Nach der vorläufigen Zusammenstellung sind bisher von den Deutschen 335 Mandate in den Gemeindevorstufen errungen, während alle polnischen Parteien zusammen nur 265 Mandate erobern konnten. Die polnische Presse gibt endlich zu, daß etwa 60 Prozent der Stimmen auf die beiden deutschen Listen (Bürgerliche und Sozialdemokraten) und nur 40 Prozent auf alle polnischen Listen entfallen sind. Der Wahltag, das Blatt der polnischen Sozialdemokraten, zieht aus der Wahlniederlage das Fazit, daß das polnische Oberschlesien vorwiegend von Deutschen bewohnt ist und daß man durch die Vortrennung dieses Gebietes Deutschland ein Unrecht zugefügt habe.

Dr. Luthar im Flugzeug nach Ajuncion.

Buenos Aires. Bei dem Flug, den Dr. Luthar auf einem Zwitterflugzeug nach Ajuncion unternahm, wurde die Flugstrecke, welche 1400 Kilometer beträgt, auf der Strecke in 10 Stunden 50 Minuten und auf der Rückstrecke in 9 Stunden durchflogen. Das Durchfliegen der Strecke von 2800 Kilometer in einem Gebiet, das flugtechnisch unerforscht ist, den Flugzeugführern unbekannt war und technischer Hilfsmittel entbehrt, stellt eine großartige Leistung der deutschen Flugtechnik dar, die in Argentinien tiefen Eindruck hinterlassen hat.